

Die Regierung gegen den Generalfreist

Kassel, 16. März. Dem Reichswehrtruppenkommando 11 in Kassel hat die alte Regierung in Stuttgart am 15. d. M. nachmittags telephonisch erklärt, daß der Ruf zum Generalfreist von den sozialistischen Mitgliedern der Regierung nicht gekannt und nicht unterstützt ist.

Ein neues Hochverratsgesetz

Stuttgart, 16. März. Im Reichsministerium des Innern, das seine Geschäfte in Stuttgart aufgenommen hat, wird ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach dem Hochverrat außer mit den jetzigen Strafen auch mit einer gänzlichen Einziehung des Vermögens zu bestrafen ist.

Auszahlung der erhöhten Löhnung für die Reichswehr

Stuttgart, 16. März. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Vormittagssitzung beschlossen, daß die Löhnungssätze für die Reichswehr, die in der neuen Besoldungsordnung vorgegeben sind, vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung vom 1. April ab zur Auszahlung gelangen.

Minister Giesberts fehlt in Stuttgart

Dresden, 16. März. Präsident Ebert ist mit den Ministern in Stuttgart eingetroffen. Es fehlt Minister Giesberts, über dessen Verbleib von Dresden aus Nachforschungen angestellt werden sollen. In Stuttgart ist auch Scheidemann eingetroffen. Das Kabinett tritt augenblicklich zu einer Sitzung zusammen, an der auch Abgeordnete der Nationalversammlung teilnehmen.

Das Ersuchen Hindenburgs

Hannover, 16. März. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an die Regierung Kapp ein Telegramm geschickt, in dem er ersucht, daß die Truppen Berlin räumen und daß die alte Verfassung ungehindert wieder in Kraft gesetzt wird.

Kapp im Zusammenbrechen

Reichsminister des Innern Koch hat an die sächsische Regierung folgendes Telegramm geschickt: „Kapp im Zusammenbrechen. Sein Einfluß nur noch auf Teile Berlins beschränkt. Kapp sucht durch leere Versprechungen Unabhängigkeit an sich zu ziehen. Verhandlungen von Verhandlungen zwischen ihm und verfassungsmäßigen Reichsregierungen erfolgen. Reichswehr im ganzen Westen, Süden und Sachsen treu. Nationalversammlungs-Abgeordnete sollen sofort nach Stuttgart kommen.“

Die neue Regierung in München

München, 16. März. Der bayerische Landtag ist heute vormittag 11 Uhr zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten, um den Rücktritt der bisherigen Regierung entgegenzunehmen. Präsident Schmidt gab den fast vollständig erschienenen Abgeordneten ein diesbezügliches, vom 14. d. M. datiertes Schreiben des Ministerpräsidenten Hoffmann bekannt, in dem der Rücktritt der gesamten Regierung mitgeteilt wird.

Selbständigkeitsbewegung in Hannover

Wie wir aus Hannover erfahren, wurden dort im Zusammenhang mit einer wessischen Selbständigkeitsbewegung zur Errichtung eines selbständigen hannoverschen Staates General Bronsart von Schellendorf und Hauptmann von Finckelberg verhaftet. Es kam am Dienstag zu Zusammenkünften, wobei sieben Personen getötet wurden. Das Gewerkschaftshaus wurde gestürmt von angeblichen Arbeitern, die sich Lebewaffen wollten.

„Das erste Ehejahr“

Roman von Ruth Goeg

(6. Fortsetzung.)

„Hast du gesehen, wie Renate Heinius mit dem jungen Storm toterte?“ fragte sie lauernd. „Es war wirklich nicht mehr schön. Sie warf ihm Augen zu, ja, das versteht sie, ihre Augen sprechen zu lassen. Wie gefällt das nicht?“

„Das ist auch nicht nötig, Mama. Außerdem habe ich näher gesehen und nur eine durchschnittliche Tischunterhaltung bemerkt.“

„So geh und hole sie“, rief Frau Halmer bitter. „Die gesellschaftlichen Formen, die deine Freundin so gut beherrscht, verbieten es, einem Tänzer einen Korb zu geben. Selbst wenn man sich glühend vor Eifer und gekränktem Stolz von ihm abwenden möchte. Du hast Chancen“, sagte sie aufsehend hinzu. „Aber sie wollte ihren Augen nicht trauen, als Lukas mit einer entschlossenen Bewegung jetzt wirklich aufstand.“

„Hier sehe ich Gerta Heinius, vielleicht kann sie mir sagen, wo ihre Schwester ist. Verzeih einen Augenblick, Mama.“

„Lukas, du bleibst!“ Frau Halmer hatte in dieser Minute verstanden, daß ihr Sohn ein Erwachsener war, wie ein Kind wollte sie ihm Lebewesen. Er aber schien ihre Worte nicht mehr vernommen zu haben, mit einer raschen Bewegung strebte er fort, stand vor Gerta, die an Reintals Arm vorüberging, und machte ihr eine Verbeugung. Reintal sah sich fragend um. Er wußte nicht, was er in diesem Augenblick tun sollte, denn Gerta warf den Kopf zurück, hob sogar die Schultern, um ihre Unnahbarkeit auszuweisen, und sah über Lukas fort, als hätte sie ihn nie gekannt. Nun, da sie ihr Ziel erreicht, brauchte sie nach keinem Menschen mehr zu fragen, und sie tat, als suchte sie in ihrer Erinnerung. Er aber hätte ihr in dieser Minute keinen größeren Triumph bereiten können, als sich bittend zu nähern, als Gnade zu erlangen von ihr.

„Verzeih, Reintal“, sagte Lukas ein wenig vertieft.

„Ich möchte mir nur die ergebene Frage nach Ihrem Befinden

Druckpressen wünscht Verhandlungen

Königsberg, 16. März. Oberpräsident Wönning hat am Sonntag an beide Regierungen eine Dringung folgenden Inhalts gerichtet: Um Deutschlands Untergang im Bürgerkrieg zu verhindern, ist die schleunige Bildung einer Koalitionsregierung unbedingt erforderlich. Druckpressen richtet hiermit die dringende Mahnung an beide Regierungen, unverzüglich miteinander in Verhandlungen zu treten und eine Regierung des nationalen Wiederaufbaues zu bilden. Im Falle eines sonst unabwendbaren Bürgerkrieges wird Ostpreußen zuerst ein Raub seiner feindlichen Nachbarn und der Anarchie verfallen. In dieser Schicksalsstunde müssen alle Parteigegeßnisse vor der Not des Vaterlandes zurücktreten.

Erzberger in Schutzhaft?

Berliner Meldungen zufolge soll sich Erzberger in Schutzhaft befinden.

Der französische Vertreter in Stuttgart

Stuttgart, 16. März. Wie gemeldet wird, ist der zur Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen bestimmte Geschäftsträger der französischen Regierung Dr. Hubert in Stuttgart eingetroffen. Er hat sofort beim Minister des Auswärtigen Müller seinen Antrittsbesuch gemacht. Müller gab dem Geschäftsträger einen ausführlichen Situationsbericht und führte dabei u. a. aus, daß der Präsident der deutschen Friedensdelegation in Paris in ständiger Verbindung mit ihm stehe und die Geschäfte der ordnungsmäßigen Regierung führe. Da die Berliner Staatsstreicher die Meldung verbreiteten, daß sie Verbindung zu den alliierten Regierungen hätten, sei ausdrücklich festgestellt, daß die alliierten Regierungen weder Kapp und Genossen anerkannt haben, noch daran denken, mit ihm in diplomatische Beziehungen zu treten.

Die Pariser Presse

Paris, 16. März. Die gestern durch Havas verbreitete Nachricht über den Abschluß eines Einverständnisses zwischen der Regierung Ebert und der Regierung Kapp wird in der gesamten Pariser Presse als eine vollendete Tatsache behandelt, obwohl die meisten Blätter eine über die Schwere aus Stuttgart kommende Meldung veröffentlichen, daß sie nicht auf Wahrheit beruhe. — Der „Matin“ meint: Was auch immer die Regierung sein werde, die in Berlin eingesetzt würde, eines sei sicher, daß in Deutschland, wenn die Alliierten einig blieben, keine Regierung möglich sei ohne ihre Genehmigung, ohne ihre ständige Kontrolle. — Der „Petit Parisien“ sagt: Der Bürgerkrieg ist beendet. Ein Kompromiß ist durch Intervention der Rechten von beiden Regierungen angenommen worden, was einen unangenehmen Erfolg für die Rechte bedeutet. — „Echo de Paris“ meint: Die französische Regierung habe sehr wohl getan, sich nicht schicklich zwischen den beiden deutschen Parteien entscheiden zu haben. Nach der Ausführung des Friedensvertrages allein könne Frankreich die deutschen Angelegenheiten beurteilen. Jede andere Politik würde die größten Enttäuschungen bringen.

Belgische Hoffnungen

Dresden, 16. März. Gewandter Landesberg telegraphiert aus Brüssel: Aus der belgischen Presse ist die unerlösbare Benennung über den Gang der Ereignisse in Deutschland zu bemerken. Man erwartet als Folge die Heritüdelung Deutschlands und noch engeren Zusammenhalt zwischen den alliierten Mächten. Die heutige „Gazette“ schreibt: Nebst dem scheint das Abenteuer eine ausgezeichnete Wirkung auf die Entente zu haben. Es hat sie geleitet, wo notwendig es ist, Deutschland streng zu überwachen, und wie die Entente sich selbst wieder eng zusammenschließen muß. — „Nation belge“ schreibt: Ist es in unserem Interesse, daß Belgien und Westdeutschland die Waffen erheben gegen Frankreich? Nein! Aber es ist unser Vorteil, daß der durch den Staatsstreich hervorgerufene Zwist andauert und die deutsche Einheit zerfällt. Man hat in Versailles den unglücklichen Fehler gemacht, diese Einheit zu erhalten und sogar zu stärken, das ewige Ziel des Pangermanismus und die Quelle aller Gefahren für die Nachbarstaaten Deutschlands. Eine herrliche Gelegenheit bietet sich jetzt, dies wieder gutzumachen. Erlauben wir nicht, daß unsere Unfähigkeit den Fieber erkalten läßt und die Aufregungen der rheinischen Bevölkerung hemmt, sich vom dreihundert Jahre zu befreien. Es mit, ob ohne Zustimmung von Wilson und Wood, George, Belgen, Frankreich, Polen und alle Einsichtigen müssen hinarbeiten auf die Auflösung Deutschlands.

Die Beurteilung in England

Amsterdam, 16. März. Das Neutische Bureau meldet aus London, daß Lloyd George im Unterhause erklärte, die alliierten Regierungen würden jede Bewegung, die die Monarchisten oder eine Militärreaktion in Deutschland vertreten, mit Verognis verfolgen. Es würde jedoch gut sein, die Ereignisse abzuwarten, bevor man irgendwelche Maßnahmen ergreife. Die Lage werde sehr sorgfältig beobachtet. Lloyd George verlas hierauf folgendes Telegramm Lord Klimax: Die letzten Nachrichten besagen, daß die militärische Bewegung sehr um sich greife. Auch in München ist ein Militärputsch geplant. Deutschland ist geteilt. Die militärischen und zivilen Behörden unterstützen die neue Bewegung, die alte Regierung. In Breslau, Hamburg, Kiel und Chemnitz finden Kämpfe statt, deren Ausgang nicht feststeht. In 35 Städten hat das Militär Handstreiche ausgeführt. Die Stellung der neuen Regierung scheint verflücht zu sein.

Paris, 16. März. Nach dem Londoner Korrespondenten des „Temps“ ist die allgemeine Meinung in London die, daß die gegenrevolutionäre Bewegung in Deutschland nichts Lebensfähiges sei. Man glaubt, daß man nicht zu intervenieren brauche, solange der Friedensvertrag von Versailles nicht bedroht sei.

Die Auffassung in Amerika

Bern, 16. März. Die „Berne Nachrichten“ aus Washington melden, wurde im amerikanischen Repräsentantenhaus die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß die Vereinigten Staaten noch nicht in Europa gegen Deutschland militärisch eingreifen müßten.

Paris, 16. März. Nach einer Gasomeldung aus Washington erklärte der Staatssekretär für den Krieg, daß die amerikanischen Truppen, obwohl sie theoretisch unter dem Befehle des Marichalls Hoch stehen, an keinen Operationen in Deutschland teilnehmen werden ohne besonderen Auftrag des Präsidenten Wilson.

Der Oberste Rat

Paris, 16. März. Nach einer Gasomeldung aus London hat der Oberste Rat gestern die allgemeine Lage in Deutschland durchgesprochen. Er hat die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um aufs genaueste über die Ereignisse unterrichtet zu werden. Der Rat setzt alsdann die Besprechung des türkischen Friedensvertrages fort.

Genaue Bewachung des Kaisers

London, 16. März. Das Neutische Bureau erklärt, daß die Vertreter der Alliierten im Haag beauftragt worden seien, die holländische Regierung auf die große Notwendigkeit, die Bewegungen des früheren Kaisers genau zu verfolgen, sowie auf die von der Entente gegebenen Bejorgnisse wegen seines Aufenthaltes in der Nähe der deutschen Grenze hinzuweisen.

Keber die Lage in Berlin

verbreitet die sächsische Staatskanzlei folgende Meldung: Ein am Montag, den 15. März, aus Berlin hier im Kraftwagen eingetroffener politischer Beamter, der Gelegenheit hatte, mit allen in Betracht kommenden Stellen Rücksprache zu nehmen, teilt über die Lage in Berlin folgendes mit:

Bei den führenden politischen Persönlichkeiten aller Parteien in Berlin ist die Ansicht vertreten, daß die Regierung Kapp-Lüttichwieser einer viel zu schmalen Basis stände, um sich auf die Dauer halten zu können. Die gesamte Beamtenmasse der verschiedenen Reichsbehörden, insbesondere die Unterstaatssekretäre und Ministerialdirektoren, haben dahin Beschluß gefaßt und dies der Regierung Kapp erklärt, daß sie die Regierung Kapp nicht anerkennen und zur bisherigen Regierung stehen. Die Unterstaatssekretäre führen die Geschäfte nur als Vertreter der demütlich in Stuttgart befindlichen Minister weiter. Ebenso haben die praktischen Minister eine Kundgebung erlassen, daß sie nach wie vor die einzige legitime Regierung seien, auch wenn sie vorübergehend durch militärische Gewalt von der Ausübung ihrer Funktionen verhindert seien. Das Reichsfinanzministerium führt die Geschäfte nur nach Maßgabe des Etats weiter und erkennt Ausgabenzusicherungen der Regierung nicht an. Bei den Offizieren der Reichswehr betrachte man das Militärnehmen Kapp-Lüttichwieser sehr heftig; zahlreiche Offiziere haben Protesten, ihren Fahnenstiel zu verlegen. Die führenden Offiziere des Reichswehrministeriums, die Generale Reinhardt, von Oldershausen, Seckt und Braun, sowie zahlreiche ihrer militärischen Delegierten haben ihre Geschäfte niedergelegt, da sie es ablehnen, sich dem General von Lüttichwieser zur Verfügung zu stellen. Der vormalige Eisenbahnminister Tejer führt die Geschäfte nur provisorisch weiter unter dem Gesichtspunkte, daß die Eisenbahnverwaltung als lebenswichtige Betrieb funktionieren müsse. Die Oberbahnverwaltungen haben im Laufe des Sonntags jedoch Kapp ein Ultimatum gestellt, in welchem ihm seine und seiner Regierung Rücktritt gebietet und die Angelegenheiten zur Verfassung und zur Verwirklichung der Reichsverfassung in Berlin herrsche Sonntag und Montag vormittag zwar Kapp ein vollständiger Generalstreik, der auch die lebenswichtigen Betriebe umfasse und den größten Teil der Stadt mit der Ausnahme der Eisenbahn, Wasser und Gas lief. Auf Anordnung der alten Regierung, des Unterstaatssekretärs Excellenz Beyer, trat im Laufe des Sonntags die Technische Nothilfe in Kraft, welche einen Grundbesitz von 100000000 Mark in interaktionelle Anleihe von 1000000000 Mark an die Reichsbank hat beschließen, mit allen Mitteln die alte Regierung zu unterstützen. Die unabhängige Partei hat sich zur Abwendung der gegenwärtigen Gefahr einer Militäraktion der Reichspartei entschlossen. Die fremden Ententevertreter haben dem Reichsstaatssekretär des Auswärtigen Amtes von Daniel ausdrücklich erklärt, daß für sie nur die alte Reichsverfassung Ober-Pauser Verfassung und daß sie die neue Regierung nicht anerkennen würden. Die verschiedenen Nachrichten, die Kapp verbreitet, sind unzuverlässig und haben die einzige Unterlage unvollständige Angaben von Offizieren der Militärmissionen der Entente. Nach aus Paris am Sonntag abgegangenen telephonisch übermittelten Nachrichten hat die Pariser Presse auf die beherrschende Freunde auf die Ereignisse in Berlin. Es geht hervor, daß sie für eine Bestätigung und einen Teil Deutschlands, daß sie aus Gründen ihrer militärischen Sicherheit nur wünschen kann.

Aus dem Reich lauten die Nachrichten mangels Verbindungen vertrieben. Die von Kapp verbreiteten Mitteilungen, daß sich in zahlreichen Städten Militär und Besatzung für ihn erklärt hätten, sind größtenteils falsch. In einzelnen Orten hat sich allerdings das Militär unter den Befehl des Generals von Lüttichwieser geteilt, aber die Bevölkerung lehnt die Hurrapartei ab und hat vielfach zum Vorteil den Generalfreist erklärt. Seitens der Regierung Kapp wird seitens führenden politischer Persönlichkeiten der Parteien kritische Tendenz, mit dem Reichspräsidenten Ebert der auch von der Regierung Kapp als noch im Amte befindlich betrachtet wird, Rechenschaft angefordert, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Die in Berlin befindlichen Vertreter der Mehrheitsparteien haben sich jedoch bisher dagegen ausgesprochen, mit mehrenben Truppenmassen auf dem Boden der Gleichberechtigung zu verhandeln.

Bei den führenden politischen Persönlichkeiten aller Parteien in Berlin ist die Ansicht vertreten, daß die Regierung Kapp-Lüttichwieser einer viel zu schmalen Basis stände, um sich auf die Dauer halten zu können. Die gesamte Beamtenmasse der verschiedenen Reichsbehörden, insbesondere die Unterstaatssekretäre und Ministerialdirektoren, haben dahin Beschluß gefaßt und dies der Regierung Kapp erklärt, daß sie die Regierung Kapp nicht anerkennen und zur bisherigen Regierung stehen. Die Unterstaatssekretäre führen die Geschäfte nur als Vertreter der demütlich in Stuttgart befindlichen Minister weiter. Ebenso haben die praktischen Minister eine Kundgebung erlassen, daß sie nach wie vor die einzige legitime Regierung seien, auch wenn sie vorübergehend durch militärische Gewalt von der Ausübung ihrer Funktionen verhindert seien. Das Reichsfinanzministerium führt die Geschäfte nur nach Maßgabe des Etats weiter und erkennt Ausgabenzusicherungen der Regierung nicht an. Bei den Offizieren der Reichswehr betrachte man das Militärnehmen Kapp-Lüttichwieser sehr heftig; zahlreiche Offiziere haben Protesten, ihren Fahnenstiel zu verlegen. Die führenden Offiziere des Reichswehrministeriums, die Generale Reinhardt, von Oldershausen, Seckt und Braun, sowie zahlreiche ihrer militärischen Delegierten haben ihre Geschäfte niedergelegt, da sie es ablehnen, sich dem General von Lüttichwieser zur Verfügung zu stellen. Der vormalige Eisenbahnminister Tejer führt die Geschäfte nur provisorisch weiter unter dem Gesichtspunkte, daß die Eisenbahnverwaltung als lebenswichtige Betrieb funktionieren müsse. Die Oberbahnverwaltungen haben im Laufe des Sonntags jedoch Kapp ein Ultimatum gestellt, in welchem ihm seine und seiner Regierung Rücktritt gebietet und die Angelegenheiten zur Verfassung und zur Verwirklichung der Reichsverfassung in Berlin herrsche Sonntag und Montag vormittag zwar Kapp ein vollständiger Generalstreik, der auch die lebenswichtigen Betriebe umfasse und den größten Teil der Stadt mit der Ausnahme der Eisenbahn, Wasser und Gas lief. Auf Anordnung der alten Regierung, des Unterstaatssekretärs Excellenz Beyer, trat im Laufe des Sonntags die Technische Nothilfe in Kraft, welche einen Grundbesitz von 100000000 Mark in interaktionelle Anleihe von 1000000000 Mark an die Reichsbank hat beschließen, mit allen Mitteln die alte Regierung zu unterstützen. Die unabhängige Partei hat sich zur Abwendung der gegenwärtigen Gefahr einer Militäraktion der Reichspartei entschlossen. Die fremden Ententevertreter haben dem Reichsstaatssekretär des Auswärtigen Amtes von Daniel ausdrücklich erklärt, daß für sie nur die alte Reichsverfassung Ober-Pauser Verfassung und daß sie die neue Regierung nicht anerkennen würden. Die verschiedenen Nachrichten, die Kapp verbreitet, sind unzuverlässig und haben die einzige Unterlage unvollständige Angaben von Offizieren der Militärmissionen der Entente. Nach aus Paris am Sonntag abgegangenen telephonisch übermittelten Nachrichten hat die Pariser Presse auf die beherrschende Freunde auf die Ereignisse in Berlin. Es geht hervor, daß sie für eine Bestätigung und einen Teil Deutschlands, daß sie aus Gründen ihrer militärischen Sicherheit nur wünschen kann.

Aus dem Reich lauten die Nachrichten mangels Verbindungen vertrieben. Die von Kapp verbreiteten Mitteilungen, daß sich in zahlreichen Städten Militär und Besatzung für ihn erklärt hätten, sind größtenteils falsch. In einzelnen Orten hat sich allerdings das Militär unter den Befehl des Generals von Lüttichwieser geteilt, aber die Bevölkerung lehnt die Hurrapartei ab und hat vielfach zum Vorteil den Generalfreist erklärt. Seitens der Regierung Kapp wird seitens führenden politischer Persönlichkeiten der Parteien kritische Tendenz, mit dem Reichspräsidenten Ebert der auch von der Regierung Kapp als noch im Amte befindlich betrachtet wird, Rechenschaft angefordert, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Die in Berlin befindlichen Vertreter der Mehrheitsparteien haben sich jedoch bisher dagegen ausgesprochen, mit mehrenben Truppenmassen auf dem Boden der Gleichberechtigung zu verhandeln.

Aus dem Reich lauten die Nachrichten mangels Verbindungen vertrieben. Die von Kapp verbreiteten Mitteilungen, daß sich in zahlreichen Städten Militär und Besatzung für ihn erklärt hätten, sind größtenteils falsch. In einzelnen Orten hat sich allerdings das Militär unter den Befehl des Generals von Lüttichwieser geteilt, aber die Bevölkerung lehnt die Hurrapartei ab und hat vielfach zum Vorteil den Generalfreist erklärt. Seitens der Regierung Kapp wird seitens führenden politischer Persönlichkeiten der Parteien kritische Tendenz, mit dem Reichspräsidenten Ebert der auch von der Regierung Kapp als noch im Amte befindlich betrachtet wird, Rechenschaft angefordert, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Die in Berlin befindlichen Vertreter der Mehrheitsparteien haben sich jedoch bisher dagegen ausgesprochen, mit mehrenben Truppenmassen auf dem Boden der Gleichberechtigung zu verhandeln.

Aus dem Reich lauten die Nachrichten mangels Verbindungen vertrieben. Die von Kapp verbreiteten Mitteilungen, daß sich in zahlreichen Städten Militär und Besatzung für ihn erklärt hätten, sind größtenteils falsch. In einzelnen Orten hat sich allerdings das Militär unter den Befehl des Generals von Lüttichwieser geteilt, aber die Bevölkerung lehnt die Hurrapartei ab und hat vielfach zum Vorteil den Generalfreist erklärt. Seitens der Regierung Kapp wird seitens führenden politischer Persönlichkeiten der Parteien kritische Tendenz, mit dem Reichspräsidenten Ebert der auch von der Regierung Kapp als noch im Amte befindlich betrachtet wird, Rechenschaft angefordert, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Die in Berlin befindlichen Vertreter der Mehrheitsparteien haben sich jedoch bisher dagegen ausgesprochen, mit mehrenben Truppenmassen auf dem Boden der Gleichberechtigung zu verhandeln.

Aus dem Reich lauten die Nachrichten mangels Verbindungen vertrieben. Die von Kapp verbreiteten Mitteilungen, daß sich in zahlreichen Städten Militär und Besatzung für ihn erklärt hätten, sind größtenteils falsch. In einzelnen Orten hat sich allerdings das Militär unter den Befehl des Generals von Lüttichwieser geteilt, aber die Bevölkerung lehnt die Hurrapartei ab und hat vielfach zum Vorteil den Generalfreist erklärt. Seitens der Regierung Kapp wird seitens führenden politischer Persönlichkeiten der Parteien kritische Tendenz, mit dem Reichspräsidenten Ebert der auch von der Regierung Kapp als noch im Amte befindlich betrachtet wird, Rechenschaft angefordert, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Die in Berlin befindlichen Vertreter der Mehrheitsparteien haben sich jedoch bisher dagegen ausgesprochen, mit mehrenben Truppenmassen auf dem Boden der Gleichberechtigung zu verhandeln.

Aus dem Reich lauten die Nachrichten mangels Verbindungen vertrieben. Die von Kapp verbreiteten Mitteilungen, daß sich in zahlreichen Städten Militär und Besatzung für ihn erklärt hätten, sind größtenteils falsch. In einzelnen Orten hat sich allerdings das Militär unter den Befehl des Generals von Lüttichwieser geteilt, aber die Bevölkerung lehnt die Hurrapartei ab und hat vielfach zum Vorteil den Generalfreist erklärt. Seitens der Regierung Kapp wird seitens führenden politischer Persönlichkeiten der Parteien kritische Tendenz, mit dem Reichspräsidenten Ebert der auch von der Regierung Kapp als noch im Amte befindlich betrachtet wird, Rechenschaft angefordert, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Die in Berlin befindlichen Vertreter der Mehrheitsparteien haben sich jedoch bisher dagegen ausgesprochen, mit mehrenben Truppenmassen auf dem Boden der Gleichberechtigung zu verhandeln.

Aus dem Reich lauten die Nachrichten mangels Verbindungen vertrieben. Die von Kapp verbreiteten Mitteilungen, daß sich in zahlreichen Städten Militär und Besatzung für ihn erklärt hätten, sind größtenteils falsch. In einzelnen Orten hat sich allerdings das Militär unter den Befehl des Generals von Lüttichwieser geteilt, aber die Bevölkerung lehnt die Hurrapartei ab und hat vielfach zum Vorteil den Generalfreist erklärt. Seitens der Regierung Kapp wird seitens führenden politischer Persönlichkeiten der Parteien kritische Tendenz, mit dem Reichspräsidenten Ebert der auch von der Regierung Kapp als noch im Amte befindlich betrachtet wird, Rechenschaft angefordert, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Die in Berlin befindlichen Vertreter der Mehrheitsparteien haben sich jedoch bisher dagegen ausgesprochen, mit mehrenben Truppenmassen auf dem Boden der Gleichberechtigung zu verhandeln.

Aus dem Reich lauten die Nachrichten mangels Verbindungen vertrieben. Die von Kapp verbreiteten Mitteilungen, daß sich in zahlreichen Städten Militär und Besatzung für ihn erklärt hätten, sind größtenteils falsch. In einzelnen Orten hat sich allerdings das Militär unter den Befehl des Generals von Lüttichwieser geteilt, aber die Bevölkerung lehnt die Hurrapartei ab und hat vielfach zum Vorteil den Generalfreist erklärt. Seitens der Regierung Kapp wird seitens führenden politischer Persönlichkeiten der Parteien kritische Tendenz, mit dem Reichspräsidenten Ebert der auch von der Regierung Kapp als noch im Amte befindlich betrachtet wird, Rechenschaft angefordert, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Die in Berlin befindlichen Vertreter der Mehrheitsparteien haben sich jedoch bisher dagegen ausgesprochen, mit mehrenben Truppenmassen auf dem Boden der Gleichberechtigung zu verhandeln.

Aus dem Reich lauten die Nachrichten mangels Verbindungen vertrieben. Die von Kapp verbreiteten Mitteilungen, daß sich in zahlreichen Städten Militär und Besatzung für ihn erklärt hätten, sind größtenteils falsch. In einzelnen Orten hat sich allerdings das Militär unter den Befehl des Generals von Lüttichwieser geteilt, aber die Bevölkerung lehnt die Hurrapartei ab und hat vielfach zum Vorteil den Generalfreist erklärt. Seitens der Regierung Kapp wird seitens führenden politischer Persönlichkeiten der Parteien kritische Tendenz, mit dem Reichspräsidenten Ebert der auch von der Regierung Kapp als noch im Amte befindlich betrachtet wird, Rechenschaft angefordert, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Die in Berlin befindlichen Vertreter der Mehrheitsparteien haben sich jedoch bisher dagegen ausgesprochen, mit mehrenben Truppenmassen auf dem Boden der Gleichberechtigung zu verhandeln.

Aus dem Reich lauten die Nachrichten mangels Verbindungen vertrieben. Die von Kapp verbreiteten Mitteilungen, daß sich in zahlreichen Städten Militär und Besatzung für ihn erklärt hätten, sind größtenteils falsch. In einzelnen Orten hat sich allerdings das Militär unter den Befehl des Generals von Lüttichwieser geteilt, aber die Bevölkerung lehnt die Hurrapartei ab und hat vielfach zum Vorteil den Generalfreist erklärt. Seitens der Regierung Kapp wird seitens führenden politischer Persönlichkeiten der Parteien kritische Tendenz, mit dem Reichspräsidenten Ebert der auch von der Regierung Kapp als noch im Amte befindlich betrachtet wird, Rechenschaft angefordert, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Die in Berlin befindlichen Vertreter der Mehrheitsparteien haben sich jedoch bisher dagegen ausgesprochen, mit mehrenben Truppenmassen auf dem Boden der Gleichberechtigung zu verhandeln.

Aus dem Reich lauten die Nachrichten mangels Verbindungen vertrieben. Die von Kapp verbreiteten Mitteilungen, daß sich in zahlreichen Städten Militär und Besatzung für ihn erklärt hätten, sind größtenteils falsch. In einzelnen Orten hat sich allerdings das Militär unter den Befehl des Generals von Lüttichwieser geteilt, aber die Bevölkerung lehnt die Hurrapartei ab und hat vielfach zum Vorteil den Generalfreist erklärt. Seitens der Regierung Kapp wird seitens führenden politischer Persönlichkeiten der Parteien kritische Tendenz, mit dem Reichspräsidenten Ebert der auch von der Regierung Kapp als noch im Amte befindlich betrachtet wird, Rechenschaft angefordert, um zu einem Kompromiß zu gelangen. Die in Berlin befindlichen Vertreter der Mehrheitsparteien haben sich jedoch bisher dagegen ausgesprochen, mit mehrenben Truppenmassen auf dem Boden der Gleichberechtigung zu verhandeln.

(Fortsetzung folgt.)